

K9hrseite



— Editorial ✓

Liebe Leserinnen und Leser,

• auf dem Leipziger Parteitag hat der SPD-Vorsitzende Gabriel vor nicht allzu langer Zeit seine ablehnende Haltung zur LINKEN wie folgt erklärt: „Manchmal stellen sie sich inhaltlich so verrückt auf, dass kein Sozialdemokrat im nüchternen Zustand auf die Idee kommen könnte, mit denen zusammenzuarbeiten.“ Wer wollte Deutschland am Hindukusch verteidigen? Und wer hat seinerzeit leichtfertig von „uneingeschränkter Solidarität“ gefaselt und den USA damit einen Freibrief für militärische Interventionen, Foltergefängnisse und Drohnenhinrichtungen ausgestellt? Sozialdemokraten in Amt und Würden! Nüchtern vielleicht – aber bei Verstand?

Jetzt verhandelt die SPD mit der Union über die Verlängerung des Dienstvertrages von A. Merkel. Die Einführung eines Mindestlohnes, den man unter Schröder oder in der vorigen großen Koalition längst hätte durchsetzen können, formuliert sie nun als entscheidende Bedingung. Gleichzeitig erklärt die SPD-Spitze im Spagat überraschend, dass eine Zusammenarbeit mit der LINKEN ab 2017 kein Tabu mehr sei. Nüchtern und bei Verstand? Ja, doch, denn die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, fordert schließlich bis dahin den Nachweis einer „Koalitionstauglichkeit“, „eine verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik“ der LINKEN.

Sarah Wagenknecht hat daraufhin die SPD aufgefordert, die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU abzubrechen, denn: „Kein Mensch kann die Europapolitik von Kanzlerin Merkel für verantwor-

tungsvoll halten.“ Eine Politik, die in Europa Massenarbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, soziale Enteignung vorantreibt und für den Abbau demokratischer Rechte sorgt, verdient durchaus verantwortungslos genannt zu werden. Sie führt nebenbei auch ökonomisch immer tiefer in den Schlamassel. Kann man das Wirken der Bundeswehr in Afghanistan als Resultat einer verantwortungsvollen Außenpolitik verstehen? Menschenleben geopfert, Milliarden verpulvert und ein desolates Land hinterlassen, das nur im Drogenanbau Spitze und ansonsten ohne ausländische Hilfe nicht lebensfähig ist.

Wir sind keineswegs bange, mit der SPD in einen Wettstreit über eine verantwortungsvolle Politik für Deutschland und Europa zu treten. Wir erinnern uns, dass die SPD-Regierungszeit von 2005 bis 2009 wenigen mehr Reichtum und vielen mehr Armut beschert hat. Selbst in der Oppositionszeit ab 2009 ist die SPD im Gleichschritt Seit' an Seit' mit den übrigen Blockparteien (CDU/CSU, FDP und Grüne) zu einem neoliberalen Wettbewerbseuropa marschiert, in dem das einst postulierte Wohlstandsversprechen nichts mehr gilt und eine rigorose Austeritätspolitik die Krise der europäischen Wirtschafts- und Finanzverfassung nicht entschärft, sondern vertieft hat (s. den Beitrag von Hasko Hüning in dieser Ausgabe).

Das in das Standardrepertoire aufgenommene Argumentations-Mantra von der politischen Verantwortungslosigkeit der Linkspartei ergänzt sich wunderbar mit dem Lob von Springers „Welt“, dass die

Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- Wahlen 2013/14 – Zeit sich einzumischen – 2
- Bürgerbeteiligung oder Beteiligungsfalle – 4
- Energievolksentscheid: Quorum – 5
- Für Freiheit und Demokratie – 5
- Gutes auf den Tisch – 6
- Licht am Ende des Tunnels – 7
- Neulich in der BVV ... – 8
- ... die im Dunkeln sieht man nicht... – 9
- Wo endet die SPD? – 9
- Ein Krieg ganz aus Versehen ... – 10
- Termine, Zitate – 12



Editorial ✓

SPD „einmal mehr das Land über die Partei“ stellen will (s. den Beitrag von Werner Pirker in dieser Ausgabe). „Vaterlandslose Gesellen“ wollen die Sozialdemokraten eben nicht mehr genannt werden.

Das hat ja in der Tat inzwischen Tradition. Schon Wilhelm Zwo, dem die SPD im Reichstag die Kriegskredite bewilligte, hat die patriotische Gesinnung der Sozialdemokraten seinerzeit gefallen. 2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum einhundertsten Mal. Für uns Anlass genug, uns mit dem Thema ‚Schuld und Verantwortung‘ ernsthaft auseinanderzusetzen. Lesen Sie dazu einen Beitrag in dieser Ausgabe, der sich mit einem Bestseller befasst, der die Schuldfrage neu aufwärmt. Autor unseres Kehrseite-Beitrags ist der Historiker Dr. Reiner Zilkenat. Er wird zudem am 14. Januar 2014 in unserer Geschäftsstelle in der Schildhornstraße 85 A um 19.30 Uhr zu dem Thema „Sind wir 1914 in

den Krieg geschlittert? – Vom Geheimnis, wie Kriege gemacht werden“ einen Vortag halten.

Noch aber sind wir im alten Jahr. Wir wissen noch nicht, ob, wie und wann eine neue Bundesregierung zustande kommt. Was wir aber wissen, ist, dass wir – die Partei DIE LINKE – als Oppositionspartei noch entschlossener Kurs nehmen werden – hin zu einer friedfertigen, solidarischen und gerechten Gesellschaft. Vielleicht können Sie sich entscheiden, sich eines Tages uns anzuschließen. Ungeachtet dessen hoffen wir, dass Sie ein entspanntes und vergnügliches Weihnachtsfest feiern werden. Möge das, was auf Ihrem hoffentlich nicht von der NSA geprüften Wunschzettel steht, in Erfüllung gehen. In diesem Sinn wünschen wir Ihnen ein gesundes, friedliches und erfolgreiches neues Jahr.

Die Redaktion ●

Wahlen 2013/2014 – Zeit, sich einzumischen!

Acht Wochen nach der Bundestags-Wahl: ein Schlaglicht

● 1. Mitte November 2013 hielt die Sozialdemokratie in Leipzig ihren Parteitag ab, auf dem turnusmäßig innerparteiliche Wahlen anstanden. Mit schwachen Ergebnissen hat der Parteitag die Führung der Partei neu gewählt. Die Position, „Wir sind nach allen Seiten offen“ (NZZ) und führen daher zum einen Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU und signalisieren zugleich zum anderen, dass die Partei auf Bundesebene zukünftig mit der Linkspartei Möglichkeiten eines politischen Zusammengehens sieht, stieß bei den Delegierten auf große Skepsis. Was für eine gesellschaftspolitisch glaubwürdige Perspektive soll sich denn mit diesem Spagat auch eröffnen?

2. Die SPD hatte als Gastredner zum Parteitag den italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta geladen, Mitglied des Partito Democratico, einer Partei des Mitte-Links-Lagers. Er sprach zur Situation in Europa und in der Euro-Zone. Letta warnte in Leipzig vor einem Anwachsen rechtspopulistischer Tendenzen in Europa: „... es besteht die Gefahr, dass wir bei der Europawahl das antieuropäischste Parlament in der Geschichte haben (werden)... Wir müssen alles tun, um das Europa der Völker dem Europa der Populisten entgegenzusetzen.“ Zugleich stellte er den Beitrag der Spar- und Austeritätspolitik zur Krisenlösung in Europa in Frage und er forderte von Deutschland mehr Einsatz für Wachstum in Europa. Der Merkelschen These, wenn Deutsch-

land stark ist, geht es Europa gut, setzte er die Position entgegen: „Wenn es nur Wachstum und Stabilität in Deutschland gibt und der Rest von Europa außen vor gelassen wird, wird das am Ende auch schlecht für Europa sein.“ Sollte also die zukünftige Regierung sich nicht auf einen Rückbau der überzogenen deutschen Exportorientierung verständigen, wird es bei den schroffen gesellschaftlichen Entwicklungsunterschieden in der Euro-Zone bleiben.

3. Die Führung der „mitfühlenden Sozialdemokratie“ (Gabriel) konnte sich allerdings auf dem Parteitag nicht dazu durchringen, diese von Letta beschriebene europäische Konstellation zum Ausgangspunkt einer offensiven und weiterführenden Debatte um einen Politikwechsel für eine Krisenlösung in Europa zu nutzen. Man darf gespannt sein, ob die auf dem Parteitag gegebenen Signale von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments und Mitglied in der SPD-Verhandlungskommission, für eine Beendigung der Sparpolitik und für einen Übergang zu einem beschleunigten Investitions- und Wachstumsprogramm, sich auch so eindeutig im Koalitionsvertrag wieder finden. Denn was gibt die sonst formal bleibende Öffnung der politischen Bündnisperspektive für 2017 in Richtung Linkspartei her, wenn auf die dafür notwendigen Weichenstellungen nicht schon ab heute Einfluss genommen wird?

Fragile Kräftekonstellation

4. Die Wahlen im Herbst 2013 haben in der öffentlichen Wahrnehmung die politische Landschaft verändert. Vor allem deshalb, weil die Unionsparteien

die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt haben. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis ist das scheinbare Verblässen der Krise in Deutschland, die relative Zufriedenheit eines Großteils der Bevölkerung mit der eigenen ökonomischen Situation und die Merksche Ansage, die bisherige Politik eines pragmatischen, kontinuierlichen Reparaturbetriebs als Befriedungspolitik fortzuführen und Deutschland im Konzert der Euro-Staaten stark zu halten. Diese Position wird allerdings von der Alternative für Deutschland (AFD) als tendenziell rechtspopulistische Formation bedroht.

Die SPD hat leicht zugelegt, ist aber weit davon entfernt, bald wieder zu einer hegemonialen Kraft zu werden. Dies soll, so Gabriel, durch eine von der Sozialdemokratie initiierte „zweite Bändigung des Kapitalismus“ gelingen. Noch hat die Mehrheit der Partei keine Vorstellung davon, wie das gelingen soll. Doch – so muss man festhalten – ohne eine erneuerte Sozialdemokratie wird es in diesem Lande auf absehbare Zeit keine politische Mehrheit für eine gesellschaftliche LINKE geben.

Die LINKE hat sich überraschend mit 8,6% bei einem Verlust von 1,5 Mio Stimmen gegenüber 2009 im Parteiensystem behauptet. Gleichwohl: In Ostdeutschland droht die Partei durch signifikante Verluste an Zweitstimmen ihren bisherigen stabilen Status als Volkspartei zu verlieren.

Linke Reformalternative?

5. Die Wahlen haben die bisherigen Rahmenbedingungen für ein linkes Projekt zur Überwindung neoliberaler Politik verschoben. Die Stabilisierung der LINKEN kann von der Partei zu einer selbstkritischen Weiterentwicklung ihrer politischen Strategie genutzt werden, denn: der Zeitgeist hat sich ein wenig gedreht (Gysi) und der politische Markenkern der Linkspartei, die Frage von und die Kompetenz für soziale Gerechtigkeit sind inzwischen alltäglicher Bestandteil öffentlicher Diskurse geworden.

Damit ist aber auch andererseits klar, ohne eine Weiterentwicklung der politischen Alternative, kann die Linkspartei auch wieder an gesellschaftlicher Resonanz einbüßen.

6. Die politische Perspektive sozialer Gerechtigkeit ist nicht nur einfach eine Verteilungsfrage. Politische Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse haben Rückwirkungen auf die Produktionsstrukturen. Eine selbstbewusste LINKE wird somit auch ihre Kompetenzen für Wirtschaft und Arbeit – wirtschaftsdemokratisch flankiert – profilieren (müssen), um einen Politikwechsel für eine linke Reformalternative einsichtig und unabweisbar zu machen. Hier fällt der LINKEN eine besondere Aufgabe zu, denn die bundesdeutsche wie auch die europäische Sozialdemokratie sind weit von einer selbstkritischen Korrektur ihrer strategischen wirtschaftspolitischen Option entfernt.

Europa-Wahl Mai 2014

7. Die politische Relevanz von Wirtschaftspolitik wird dadurch unterstrichen, dass die anhaltende Euro-Krise weiterhin viele BürgerInnen zwingt, ihr Leben am Rande der Existenz gestalten müssen. In einigen Ländern ist die öffentliche wie private Schuldentragfähigkeit kaum mehr gegeben. Die Austeritätspolitik hat tiefe ökonomische und soziale Gräben aufgerissen. Die kommende Europawahl im Mai 2014 findet in einer Phase ökonomischer und sozialer Spaltung statt.

8. Der vorliegende Entwurf des Europawahlprogramms der LINKEN sagt, dass es um eine neue Qualität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Ländern der Euro-Zone geht. Die Alternative zum vorherrschenden Modell einer aufs Kürzen ausgerichteten Austeritätspolitik wäre eine europäische Ausgleichsunion von Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und solchen mit Defiziten gleichermaßen, wo Länder mit stabilerer Position wie Deutschland einen wesentlichen Beitrag leisten müssen. Denn: die ökonomische und soziale Verflechtung zwischen nationaler und europäischer Ebene sind unübersehbar. So tritt die LINKE sowohl auf nationaler Ebene wie im europäischen Rahmen mit konkreten Vorschlägen für ein Ende der Sparprogramme, für eine Regulierung der Finanzmärkte, für die Entwicklung sozial sicherer und ökologisch verträglicher Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze ein. Um schrittweise zu einer Angleichung der sozialen Niveaus in Europa zu kommen, bleiben z. B. im Kampf gegen (Alters-)Armut und gegen Jugendarbeitslosigkeit die besonderen nationalen Bedingungen unverzichtbar.

9. Man wird sowohl an der Wahlbeteiligung zu den Europa-Wahlen im Mai 2014 wie auch an der Zustimmung zu den sich schon jetzt sehr deutlich formierenden rechtspopulistischen Kräften ablesen können, ob es dann im Ansatz zumindest gelungen sein wird, ein Gegengewicht zu Merkels Kurs einer „marktkonformen Demokratie“ zustande zu bringen sowie dem weiteren Verfall des Vertrauens der BürgerInnen in einen Politikwechsel entgegenzutreten.

Hasko Hüning ●



Bürgerbeteiligung oder Beteiligungsfalle?

Anmerkungen zum Workshop „Wie geht es weiter in Lichterfelde Süd?“

● 1. DAS BEZIRKSAMT HAT DER GROTH GRUPPE mit dem „letter of intent“ den Bau von bis zu 2700 Wohneinheiten zugesichert. Das sind 600 Wohneinheiten mehr, als es derzeit in der Thermometersiedlung schon gibt. Was hat eine Bürgerbeteiligung für einen Sinn, wenn die Bürger nur bei der Frage beteiligt werden, wie diese Wohneinheiten auf dem Gelände verteilt werden sollen? Die entscheidende Frage ist der Umfang der Bebauung und hierbei sollen die Bürger nicht mit diskutieren oder entscheiden können. Wenn Bürgerbeteiligung Sinn haben soll, muss zuerst die Zahl der Wohneinheiten in Frage gestellt werden.

Das heißt: der „letter of intent“ muss für null und nichtig erklärt werden.

2. INVESTOREN UND SPEKULANTEN BETREIBEN IHR GESCHÄFT, UM GEWINNE ZU ERZIELEN. Das plant auch Herr Groth und das ist ihm nicht vorzuwerfen. Vorzuwerfen ist ihm allerdings, dass durch die geplante Bebauung wertvolle Natur zerstört würde. Es ist bekannt, dass auf Grund der Finanzkrise immer mehr Spekulanten ihr Kapital in „Betongold“ also Immobilien investieren. Verunsicherte Anleger investieren nicht mehr in Aktien, sondern in Häuser und Wohnungen. Das „Betongold“ bietet scheinbar Sicherheit in einer unsicheren (Finanz)Welt. Aber wir sollten uns auch erinnern, dass die Finanzkrise in den USA mit einer „Immobilienblase“ begonnen hat.

Wir brauchen in Berlin vor allem sozial verträgliche Wohnungen, kein „Betongold“.

3. ALLE REDEN VON DER NATUR. Der Landesbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege Prof. Dr. Ingo Kowarik hat 2012 eine Expertise erstellt und unter anderem folgende Aussagen getroffen: „Die ehemalige Militärfläche „Park Range“ in Lichterfelde Süd ist aus Gründen des Arten- und Biotopschutzes



eine einmalige Fläche im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Die bisherige Nutzung als Weidelandschaft hat zu herausragenden Biotopstrukturen und zu einem sehr attraktiven Landschaftsbild geführt. Daher kann die Fläche auch zukünftig in erheblichem Maß für nachhaltige, naturbetonte Freizeit- und Erholungsaktivitäten genutzt werden.

Um diese hervorragenden Qualitäten zu erhalten, sollte ein möglichst großer Teil des ehemaligen Militärgeländes unter Landschaftsschutz gestellt werden.“

Auch die Studie von Fugmann & Janotta bescheinigt den hohen ökologischen Wert des Geländes und empfiehlt, dass ca. 72 % des Geländes nicht bebaut werden sollten; lediglich 16,7 % wurden als bebaubar und 11,5 % wurden als bedingt bebaubar bewertet. Eine Bebauung in dem geplanten Ausmaß (zur Erinnerung: 2100 Wohneinheiten in der Thermometersiedlung jetzt PLUS 2700 Wohneinheiten auf dem Gelände) würde auch die übrige Fläche, die von Bezirksamts-Vertretern stets als „grüne Mitte“ bezeichnet wird, erheblich beeinträchtigen. Das Kleinklima sowie der Wasserhaushalt des Biotops würden grundlegend gestört. DIE LINKE schlägt deshalb vor lediglich 500 Wohneinheiten zu bauen.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung muss allen weiteren Planungen voran gestellt werden.

4. DEN GEWERBETREIBENDEN muß zugesichert werden, dass sie bei der Einrichtung einer „Gewerbeinsel“ unterstützt werden. Die Erhaltung der dort angesiedelten Arbeitsplätze ist aus sozialpolitischen Gründen notwendig.

Der Erhalt von 200 wohnortnahen Arbeitsplätzen muss garantiert werden.

DAS BEZIRKSAMT UND DIE BEZIRKSVERORDNETEN VON CDU UND GRÜNEN, SOWIE DIE MEHRHEIT DER SPD setzen sich über alle fachlich eindeutigen Vorschläge hinweg, weil sie sich offenbar der Baulobby verpflichtet fühlen. Dem Gemeinwohl, den Interessen der Bürger, der Natur und Umwelt fühlt man sich weniger verpflichtet. Das Primat der Politik wird aufgegeben: Politiker lassen sich scheinbar nur noch als Sachwalter für Interessen von „Investoren“ einspannen.



Wir appellieren an die Politiker in Steglitz-Zehlendorf, sich einer weiteren Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen entgegen zu stellen.

In Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es:
 „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Für Freiheit und Demokratie

● Nur weil Sie paranoid sind, heißt das nicht, dass niemand hinter Ihnen her ist... und im Moment muss beinahe schon jede und jeder als verrückt gelten, der glaubt, niemand würde seine Mails lesen oder es würde nicht Sekunde für Sekunde, Minute für Minute protokolliert werden, was er oder sie im Internet treibt. Edward Snowden hat endgültig klar gemacht, dass das Internet uns nicht nur neue Freiheiten verschafft, sondern auch bisher unbekannte Möglichkeiten der Überwachung. Im Moment baut die National Security Agency in der Wüste von Utah ein neues Speicherzentrum. Die Speicherkapazität dieses Zentrums liegt geschätzt bei fünf Zettabytes. Das sind 5 000 000 000 Terabyte. Ausgedruckt würde dies 42 000 000.000.000 Aktenschränke füllen, die eine Fläche von 17 000 000 km² einnehmen würden. Zum Vergleich: die Aktenbestände der Stasi nehmen etwa eine Fläche von 0,019 km² ein.

Viele sagen „Wer nichts zu verbergen hat, muss Überwachung auch nicht fürchten.“, doch das ist ein Argument von Untertanen und nicht von selbstbewussten Staatsbürgern. Und eine Demokratie in der die Bürgerinnen und Bürger letztlich 24 Stunden am Tag und jeden Tag im Jahr überwacht werden, ist wie eine Party, bei der die Eltern oder Lärmpolizei dabei

Im Gesetz „Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin vom 29. Mai 2013“ heißt es im § 2 (1) „Der Schutz von Natur und Landschaft im Sinne einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung ist eine verpflichtende Aufgabe für den Staat und jeden Bürger.“

Wenn die Politik nicht willens oder fähig ist, die Gesetze im Interesse des Gemeinwohls durchzusetzen, bleibt noch der Rechtsweg.

Eberhard Speckmann ●

sind – auf den ersten Blick scheint es zu funktionieren, aber es ist einfach nicht das Gleiche. Demokratie lebt auch davon, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben sich zu informieren und zu kommunizieren, ohne befürchten zu müssen, dass es ihnen irgendwann vorgehalten wird. Und niemand sollte glauben, es wäre lediglich die NSA, die an umfassender Überwachung von allem und jedem interessiert ist. Schon jetzt teilen sie ihre Erkenntnisse und ihre Teile ihrer Technik auch mit deutschen Sicherheitsbehörden. Von der allumfassenden Überwachung werden die deutschen Sicherheitsbehörden wohl vor allem bloß durch die fehlenden eigenen technischen Fähigkeiten abgehalten. Und dass Überwachung nicht mehr Sicherheit bedeutet, hat die NSU-Affäre bewiesen, ebenso, dass Geheimdienste sich nicht kontrollieren lassen.

DIE LINKE streitet deshalb für die Auflösung aller Geheimdienste und die uneingeschränkte Absicherung aller Freiheitsrechte, die uns das Grundgesetz theoretisch verspricht. Nur so kann z. B. das Internet Raum gesellschaftlicher Veränderung und Erneuerung sein.

Hassan Metwally ●



Energievolksentscheid: Quorum knapp verfehlt, aber politisch gewonnen!

Der Energievolksentscheid als Gesetz ist mit nur 24,1% statt den erforderlichen 25% Ja-Stimmen aus der Berliner Bevölkerung knapp gescheitert, dennoch ist es ein toller Erfolg, dass sich 600.000 Berliner_innen klar für den Vorschlag des Energietischs ausgesprochen haben und den höchst zweifelhaften Verhinderungsversuchen des Senats (Termin nicht gleichzeitig zur Bundestagswahl, vorher noch schnell ein Mini-Stadtwerk beschließen anstatt einen richtigen Gegenentwurf auszuarbeiten, Bevölkerung demobilisieren, massive Pressekampagne gegen den Volksentscheid) getrotzt haben!

Die Unterstützer_innen des Berliner Energietischs haben im Winter gebibbert, um jede einzelne Unterschrift gekämpft, sie haben gegeben, was möglich war! Dass so viele Menschen über kommunalen Strom und Energie diskutiert haben, dass es

jetzt ein wichtiges Thema in der Stadt ist, dass der Senat unter Druck steht zu handeln, das alles ist ein großer und langfristiger Erfolg - und diese Fortschritte werden sich die Berliner_innen nicht wieder weg nehmen lassen!

Das Stadtwerk wird kommen - und nun ist die Öffentlichkeit da, den politisch Verantwortlichen bei der Umsetzung genau auf die Finger zu schauen!

Franziska Brychcy ●



Gutes auf den Tisch!

● „Wir haben es satt“ – unter diesem Motto demonstrierten im Januar 2013 vor dem Bundeskanzleramt Tausende für eine grünere Agrarpolitik der EU. Die Demonstranten hegten die kleine Hoffnung, dass sich am 12. März 2013 die 754 Abgeordneten des EU-Parlaments bei der Abstimmung über das Papier des Agrarausschusses zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) den Reformvorschlägen des rumänischen Agrarkommissars Dacian Cioloș anschließen würden. Es kam anders, wie wir seit Juni 2013 wissen.

Frau Aigner, Frau Merkel und Herr Deß (CSU-Europaabgeordneter, Lobbyist und Berichterstatter zur Zukunft der GAP) hatten ab 2011 genug Zeit, die moderaten Ideen Cioloș' zu Fall zu bringen. Cioloș Kerngedanke war: „Wer Milliarden an Steuergeld erwartet, der muss dafür auch eine Gegenleistung erbringen.“ Europas Bauern sollten also künftig ein Mindestmaß an Klima- und Umweltauflagen erfüllen, wenn sie Gelder der EU beziehen. Die Erwartungen des Agrarkommissars waren gar nicht so revolutionär: Grünland sollte nicht mehr so leicht zu Ackerland umgebrochen (gepflügt) werden, weil dabei gewaltige Mengen Treibhausgase freigesetzt werden. Monokulturen sollte mit einer Fruchtfolge begegnet werden, was energiereichen Kunstdünger unnötig macht. Und ganze 7% des Ackerlandes (Merkel bot 3%) sollten zu „ökologischen Vorrangflächen“ werden, die ohne Chemie und Maschinen auskommen. Jetzt sind es immerhin – mit Ausnahmen – 5% geworden.

Deß entpuppte sich als einer der größten Boykotteure der auch als „Greening“ bezeichneten Reformansätze. Rund 8000 Änderungsanträge brachte der unermüdliche Bayer ins EU-Parlament ein. Frau Aigner, unsere Jeanne d'Arc der Schlachthöfe, bezeichnete das Greening als Bürokratiemonster und die „Zumutung“, sieben Prozent der Ackerfläche ökologisch zu nutzen, als „Flächenstilllegung“ - und malte damit auch gleichzeitig den „drohenden Welt Hunger“ an die Wand. Cioloș wollte für die größeren Betriebe die Direktzahlungen der EU kappen. Es war Frau Merkel eine Herzensangelegenheit, dagegen vorzugehen, denn die Hälfte aller Betriebe der EU, die jährlich über 500 000 EUR Direktzahlungen erhalten, findet sich in Deutschland. Die Kappung fiel jetzt sehr „vorsichtig“ aus und ist vor allem größten Teils „freiwillig“.

So bleibt, mit geringfügigen Änderungen, alles beim Alten: Rund 20 Prozent der Betriebe werden auch künftig 80 Prozent vom großen Kuchen kassieren. Nahezu 60 Milliarden wird die EU dieses Jahr in die Landwirtschaft stecken, das sind immerhin fast 40% des gesamten EU-Haushalts. Und das für einen Wirtschaftszweig, der unter 2% des europäischen Sozialprodukts erwirtschaftet und in dem weniger als 6% der Arbeitskräfte EU-weit beschäftigt sind.

Mit scharfer Kritik reagierten drei Verbände aus Landwirtschaft und Umwelt- und Naturschutz auf



den Vorschlag von Ilse Aigner zur nationalen Umsetzung der in Brüssel im Juni 2013 vereinbarten EU-Agrarreform. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der BUND und die Naturschutzstiftung EuroNatur warfen in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Ministerin vor, dass sie ihre Verhinderungsstrategie (s.o.) auf nationaler – deutscher – Ebene fortsetze.

Es geht also weiter mit der Förderung von Masse und Größe zu Ungunsten von Umwelt- und Tiererschutz, denn es ist nicht zu erwarten, dass die „nationale Ebene“ die vielen „freiwilligen“ Maßnahmen, die das „Reförmchen“ der Gemeinsamen Agrarpolitik den einzelnen Ländern einräumt, nun so voll ausschöpft, „dass der Erhalt bäuerlicher Betriebe als Grundlage für die notwendige Entwicklung hin zu einer Ressourcen schonenden, Umwelt- und Tiererschutz fördernden Lebensmittelerzeugung“ (vgl. o. a. Pressemitteilung) gewährleistet ist.

Wenn wir zu unserem Lebensmittelhändler gehen, denken wir mit Sicherheit nicht an die aufreibenden und letztlich ergebnislosen Verhandlungen zur EU-Agrarreform, die ja bis 2020 gilt und mit Übergangsregelungen erst 2014 in Teilen in Kraft treten wird. Wir sehen die bunten Verpackungen mit den Ikonen einer Bauernhofromantik, das Angebot ist riesig, aber die Vielfalt trägt. Beinahe alle Zweige der Agrar- und Lebensmittelbranche werden von wenigen Großkonzernen beherrscht – und sie bestimmen die Produktionsverhältnisse ihrer Marktsegmente. Der deutsche Lebensmitteleinzelhandel wird zu 90 Prozent von fünf Konzernen beherrscht: Schwarz (Lidl, Kaufland), Aldi, Edeka, Rewe und Metro. Mit dieser Marktmacht können sie inländische und international agierende Zulieferer am Gängelband führen.

Der zunehmende Druck, Preise und Kosten zu senken, fördert die Verschärfung der brutalen Arbeits-



und Produktionsbedingungen in der gesamten Produktionskette der Lebensmittel- und Agrarbranche. Die Puten und Hähnchen, die man in Europa zu sich nimmt, werden in Rekordzeit gezüchtet und können kaum noch laufen, weil ihre begehrten Brüste durch Zucht so schwer geworden sind. Die Mastzeit hat sich innerhalb von 50 Jahren von 90 auf 30 Tage reduziert, im Schnitt sind 20 Hähnchen auf einem Quadratmeter untergebracht, da trifft es sich gut, dass sie kaum noch laufen können. Sowieso gaukelt die Verpackungswelt im Lebensmittelgeschäft nur Vielfalt vor, eigentlich haben wir Einheitsfraß vor uns. Die Zuchtlinien bei allen Nutztierassen wurden drastisch vermindert, die einzelnen Rassen werden sich genetisch immer ähnlicher. Ein Zuchthahn kann Millionen von Nachkommen haben. Diese leistungsfähigen Inzuchtlinien müssen immer wieder nachgekauft werden, da die positiven Eigenschaften der Nachkommen von Hybriden schnell verloren gehen. Das gilt auch für Mais und Zuckerrüben, bei denen heute ausschließlich Hybridsorten verkauft werden.

Bei der Fleischproduktion und -verarbeitung kommt aber erst die geballte kapitalistische Perversion zum Durchbruch. Ilse Aigner wollte die BRD (ihr Vorbild sind die USA) zu einer führenden

Fleischexportnation machen. (Der oder die Nachfolger/in werden von dieser Linie nicht abweichen.) Unterstützend wirkt die Agenda 2010, die diesen Sektor mit billigen Arbeitskräften versorgt. Tierfabriken mit bis zu 90 000 Schweinen oder 500 000 Masthähnchen sollen die Exportoffensive anschieben. Es spielt dabei keine Rolle, dass zum Beispiel der Agrarbericht 2012 von einer „Hähnchenblase“ spricht, da der „Selbstversorgungsgrad“ von Hähnchenfleisch „über 100 Prozent liegt“. Es wird geplant, gebaut und gemästet auf Deibel komm raus, vor allem in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Bedingungen für Tier und Mensch sind keineswegs als „glücklich“ zu bezeichnen. Um Zuschüsse von der EU zu erhalten, müssen solche Betriebe nur die Mindeststandards des Umwelt- und Tierschutzes einhalten. Kontrollen sind eher selten, wie wir wissen, wobei die Arbeitsbedingungen absolut nicht interessieren.

In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass es heute als unschicklich gilt, sich mittags mit „Mahlzeit“ in der Kantine zu begrüßen oder gar sich „guten Appetit“ zu wünschen.

Marianne Rubach ●

Licht am Ende des Tunnels!?

Nimmt das Desaster der Sanierung der Max-von-Laue-Schule ein Ende?

● Wegen der Bauarbeiten am Standort in der Dürerstraße in Lichterfelde musste die Max-von-Laue-Schule im 2. Halbjahr 2012/2013 nach Steglitz in die Gebäude der ehemaligen Schmidt-Ott-Schule umziehen. Das zuständige Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf versicherte noch im Februar dieses Jahres die Fertigstellung des Altbaus für Oktober 2013. Daraus wurde nichts. Stattdessen eine erneute Verschiebung auf unbestimmte Zeit. Nun soll (endgültig?) nach den Osterferien im Frühjahr 2014 der Unterricht wieder im Stammgebäude stattfinden. Der dringend benötigte Neubau, in dem Fachräume, die Mensa (mit einer Theaterbühne) und die Bibliothek untergebracht werden, soll dann im Sommer 2014 fertig sein. Das versicherte hoffnungsfroh Schulleiter Günther Schrenk in einem Gespräch mit dem Autor dieses Artikels.

Rückblick

Seit über zwei Jahren ist die Max-von-Laue-Schule schon Dauerbaustelle. Statt den in Aussicht gestellten Verbesserungen reihten sich von Anfang an Probleme und Katastrophen aneinander. Bereits Ende 2011 sollte der dringend benötigte Neubau, sowie

der Dachaufbau auf dem Altbau, fertig sein. Doch es ging schief, was bei einem Bau nur schief gehen konnte: Planungsfehler, Finanzierungslücken, eine mangelhaft arbeitende Baufirma, Schwamm in den Balken, Wasserschäden vom Dach bis ins Erdgeschoss, die komplette Elektronik im Gebäude war aus Sicherheitsgründen ungenügend. Für Schüler, Pädagogen und Eltern ein unhaltbarer Zustand. „Meine Glaubwürdigkeit als Schulleiter stand und steht zur Disposition“, so Rektor Günther Schrenk. Bekannt ist die Max-von-Laue-Schule für besondere Angebote. Die Schüler/Innen beschäftigen sich im naturwissenschaftlichen Bereich *u. a. mit Weinanbau und sie können unter professioneller Anleitung Theater spielen.*

Keine politische Verantwortung

Für die Misere wollte aber bisher keiner Verantwortung übernehmen. Weder SPD noch CDU. In einer Bürgeranfrage der LINKEN in der Sitzung der BVV Steglitz-Zehlendorf vom 20. März 2013 nannte die Stadträtin für Bildung, Kultur und Bürgerdienste des Bezirks, Cerstin Richter-Kotowski (CDU), keine expliziten Verantwortlichkeiten, sondern gab lapidar „externe Faktoren“ wie „Rechtsstreitigkeiten mit den Nachbarn“ als Gründe für die Verzögerung an. Schulleiter Günther Schrenk monierte, dass ein Hauptproblem der Verzögerungen die lange vakante Stelle des Hochbauamtsleiters gewesen sei. Baustadtrat



Michael Karnetzki (SPD) bestritt diesen Vorwurf. Außerdem sei man mit allen Beteiligten im ständigen Austausch, so der Politiker. Das klingt fast schon nach Hohn und Zynismus.

Nach jahrelangen Bauarbeiten und vielen leeren Versprechungen hat das Bezirksamt nun die Fertigstellung erneut terminiert. Diesmal muss es



Neulich in der BVV...

● ... wollten wir in einer Bürgeranfrage vom Bezirksamt wissen, wie sich das Jobcenter Steglitz-Zehlendorf zu sittenwidrigen Löhnen verhält:

Schließlich liegt die Vermutung nahe, dass auch in vielen Betrieben unseres Bezirkes, sei es im Handel, der Dienstleistungsbranche oder im Bereich der Pflege, prekäre Beschäftigung an der Tagesordnung ist. Menschen erhalten Löhne, von denen sie nicht leben können. Das Einkommen wird vom Jobcenter aufgestockt. Was sittenwidrig ist, hat das Bundesarbeitsgericht 2009 eindeutig festgelegt:

Ein Gehalt ist dann sittenwidrig, wenn ein auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung vorliegt. Dies ist der Fall, wenn die Arbeitsvergütung nicht einmal zwei Drittel eines in der betreffenden Branche und Wirtschaftsregion üblicherweise gezahlten Tariflohns erreicht.

Uns interessierte, in wie vielen Fällen das Jobcenter S-Z in den Jahren 2012 und 2013 gegen Firmen vorgegangen ist und Rückforderungen aufgrund von sittenwidrigen Löhnen geltend gemacht hat.

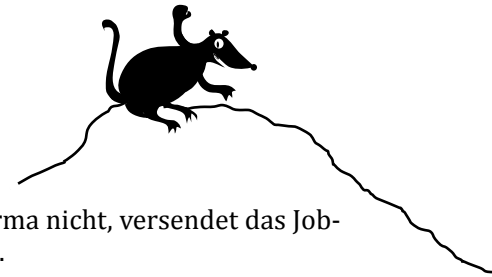
Stadtrat Schmidt (CDU) erklärte: In 455 Fällen seien Verdachtsprüfungen eingeleitet worden. In 154 Fällen bestätigte sich der Verdacht, in 71 Fällen wurde Geld zurückgefordert, in 15 Fällen musste gerichtlich vorgegangen werden. Dabei konnten 12 000 Euro verbucht werden. Das haut einen nicht gerade vom Hocker!

Außerdem interessierte uns, ob Aufstockungsanträge überhaupt regelmäßig auf sittenwidrige Lohnzahlungen geprüft werden. Werden solche Prüfungen von gesondertem Personal getätigt?

Das Bezirksamt erklärte, dass sich ein Sonderteam (zwei Mitarbeiter!) ausschließlich mit dieser Thematik befasse. Die Arbeitgeber werden in solchen Fällen zur Anhebung der Löhne aufgefordert, und dies werde anschließend auch durch das Team kont-

klappen. Ausreden von CDU und SPD darf es nun definitiv nicht mehr geben. Politische Konsequenzen wären dann unabdingbar. Schlimmer noch: die Schule stünde vor einer Zerreißprobe und einer ungewissen Zukunft.

Stefan Kleinert ●



rolliert. Reagiert die Firma nicht, versendet das Jobcenter Zahlungsbefehle.

Kommentar

So erfreulich es ist, dass die Jobcenter in Sachen Sittenwidrigkeit der Löhne verstärkt aktiv werden, so bedauerlich ist es, dass dies erst seit zwei Jahren geschieht und außerdem einer verqueren Logik folgt. Es geht nämlich nur indirekt um die Interessen der prekär Beschäftigten. Es geht um Schadensansprüche der Jobcenter. Die Belange der unterbezahlten Arbeitnehmer dürfen die Jobcenter gar nicht vertreten, dafür haben sie keinen gesetzlichen Auftrag. Da gilt die Neutralitätspflicht! Eine unbekannte Zahl von Niedriglöhnern, die beim Jobcenter keine Anträge auf Aufstockung stellen, fällt sowieso aus dem Raster, weil ja bei der Arbeitsverwaltung kein Schaden entsteht!

Wir wollen auch nicht verschweigen, dass die Definition des Bundesarbeitsgerichts zur prekären Beschäftigung für DIE LINKE keineswegs ausreicht. Für uns ist ein Lohn nicht nur sittenwidrig, weil er im tarifvertraglichen Vergleich abstürzt. Für uns ist er auch dann sittenwidrig, wenn er bei Vollzeitbeschäftigung nach einem ganzen Erwerbsleben nur zu einer Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus führt.

Nicht zu vergessen: Ein Lohn kann auch sittenwidrig zu hoch sein. Wir plädieren deshalb für eine gesetzliche Obergrenze. Das Zwanzigfache des Vollzeitlohns in der niedrigsten Lohngruppe eines Unternehmens reicht allemal aus. Daher fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn, einen gesetzlichen Höchstlohn und eine gesellschaftliche Kontrolle der Lohnentwicklung.

Wir müssen in diesem Land endlich Einkommensgerechtigkeit herstellen!

Gerald Bader ●

**Mindestlohn statt
Lohndumping!**



— Rotlicht * —

... die im Dunkeln sieht man nicht!

Die Zeit von 33–45 wird hierzulande gerne raunend als „das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte“ bezeichnet. Das ist im Grunde gar nicht so falsch. Schließlich hat sich das offizielle Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht sonderlich angestrengt, um Licht in dieses Dunkel zu bringen. Wer das nicht glauben mag und der Ansicht anhängt, die Aufarbeitung der NS-Verbrechen sei bei uns vorbildlich erfolgt, sollte sich nicht nur die näheren Umstände des „sensationellen“ Nazi-Kunstfundes in München einmal genauer ansehen. (Dass ein prominenter NS-Kunsthändler seine Schätze unbehelligt in die neue Zeit hinüberretten konnte und niemand der Ausrede, alles sei beim Angriff auf Dresden verbrannt, auf den Grund ging, hat schon was.)

Es lohnt sich auch unbedingt, die Ausstellung „Hitlers Schreibtischtäter“ zu besuchen, die derzeit in der Schwarzen Villa gezeigt wird. Wer weiß schon in Steglitz, dass nicht weit vom Rathaus, Unter den Eichen 135, das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) angesiedelt war. Wer weiß schon, dass dieses Amt die Zentrale der SS für die wirtschaftliche Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern war und hier alle Wirtschaftsaktivitäten der SS zusammenliefen? Dass die SS Massenmord professionell organisierte, ließ sich nach den Leichenbergen von Auschwitz und Treblinka schwerlich verheimlichen; dass die SS zugleich ein Wirtschaftsimperium mit annähernd 500 Firmen unterhielt, ist bis heute weithin unbekannt. Das liegt nicht zuletzt an der seltsamen Art, mit der in der Bundesrepu-

blik NS-Vergangenheit aufgearbeitet wurde. Über 5000 Rechtsakte der SS wurden notariell beurkundet. Über den Inhalt dieser Urkunden kann man aber nichts erfahren, weil dies das Beurkundungsgesetz aus Gründen des „Vertrauensschutzes“ verbietet. Das sagt das zuständige Amtsgericht Schöneberg und das sagt auch die Präsidentin des Kammergerichts. Man müsse eben das Gesetz ändern. Keine schlechte Idee nach über 65 Jahren. Weniger Probleme macht hingegen die stille Verwaltung der Akten, für die inzwischen das Bundesarchiv in Lichterfelde zuständig ist. Die Akten wurden inzwischen einer Privatfirma zur Aufbewahrung überlassen. Diese wiederum ist rechtlich nicht verpflichtet, Urkunden aus der Zeit vor 1950 zu konservieren. Wer hätte das gedacht?

Um noch einmal auf den Nazi-Kunstschatz zurückzukommen. Das „Gesetz zur Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst“ vom 31. Mai 1938, das die Unterschrift des Führers trägt und das vermutlich die Basis für die „Sammlung Gurlitt“ bildete, wurde nie aufgehoben. Es gilt im Grunde noch heute. Allenfalls könnte man hilfsweise argumentieren, es sei 1968 ja nicht in die Sammlung „Bundesgesetzblatt“ aufgenommen worden. Klarheit sieht anders aus!

Der DDR wird häufig vorgeworfen, ihr Antifaschismus sei nur verordnet, also nicht echt gewesen. Ach könnten wir dies doch wenigsten über unsere Bundesrepublik behaupten!

Die Ausstellung „Hitlers Schreibtischtäter“ ist Dienstag bis Sonntag, jeweils von 10–18 Uhr geöffnet. Schwarzsche Villa, Grunewaldstraße 55, 12165 Berlin.

Horst Dejas ●



Wo endet die SPD?

● Als wären es die Seinen, ist Ulf Poschardt, Welt-Reaktionär vom Dienst, stolz auf Deutschlands Sozialdemokraten. „Die SPD, die als Schutzmacht der Armen, Aufstiegswilligen und Bildungshungrigen begann“, schreibt er am Montag, „ist da für das Land, wenn es sie braucht.“ Damit bescheinigt er den deutschen Sozialdemokraten, was sie sich schon immer am liebsten bescheinigen ließen: Keine „vaterlandslosen Gesellen“ zu sein. Da darf man dann auch schon mal die Armen ihrem Schicksal überlassen – jene vaterlandslosen Gesellen, die den Aufstiegswilligen und Bildungshungrigen auf der Tasche hängen.

Wenn Leute wie Poschardt „das Land“ im Munde führen, dann meinen sie natürlich nicht die Menschen dieses Landes. Dann meinen sie den Wirtschaftsstandort. So wie sie die Unternehmer meinen, wenn sie von der Wirtschaft reden. Und wenn eine Partei wie die SPD, die sich einst die gesellschaftli-

che Emanzipation der subalternen Klassen auf ihre Fahnen geschrieben hatte, den Interessen „des Landes“ oberste Priorität einräumt, dann kann deren patriotische Leistung, über ihren Klassenschatten gesprungen zu sein, nicht hoch genug eingeschätzt werden – Parteien vom Typ der CDU ist der Wirtschaftsstandort-Patriotismus ohnedies bereits in die Wiege gelegt worden.

Und so schreitet die SPD, einzig dem Vaterland verpflichtet, erhobenen Hauptes in die Regierung der nationalen Rettung. „Dem oft gescholtenen Sigmar Gabriel“, schreibt der Autor von Welt, „ist es gelungen, eine unglückliche Basis nach einem lauen Wahlkampf und einem bitteren Ergebnis mitzunehmen auf dem Weg zurück in Regierungsverantwortung und zu jenen Schwierigkeiten, die jeder Juniorpartner hat.“ Warum der Wahlkampf lau und das Ergebnis bitter war, wird von Poschardt nicht weiter vertieft. Denn das dürfte wohl an der patri-

otischen Selbstverpflichtung der SPD, den Merkel-Kurs nicht ernsthaft in Frage zu stellen, gelegen haben. Und so wie Merkel die SPD, nimmt die SPD auch noch ihre unglückliche Basis mit in die Verantwortung. Nach Aufbruch sieht das nicht aus, eher nach Untergang.

Doch das kann der Begeisterung des Welt-Schreibers nichts anhaben. „Die SPD“, ergeht er sich in nationalem Pathos, „hat einmal mehr das Land über die Partei gestellt – ohne die Partei zu vergessen. Als Trophäe konnte Gabriel der Basis den Skalp des Mindestlohns präsentieren.“

Will heißen: Nur mit patriotischen Phrasen war die SPD-Basis dann doch nicht abzu-

speisen. Aber mit dem Mindestlohn war es dann auch schon. „Die SPD denkt im Zweifel, egal wie links und sektiererisch ihr Wahlkampf gewesen sein mochte, das Wohl aller Bürger mit – wenn auch nicht jedes Mitglied der Basis und jene Ministerpräsidentin, die miserable Haushalte vorlegt“, verteidigt Poschardt den Kurs des Parteivorsitzenden auf das Wohl einer über allen Klassenhader stehenden Volksgemeinschaft gegen sektiererische Querschüsse.

„Doch am Ende“, weiß der Welt-Autor, „setzt sich eine pragmatische Vernunft durch. Das ist im Sinn

des Landes und der Partei. Das Vertrauen in die SPD wächst, wenn sie die Rolle als Juniorpartner elegant ausfüllen kann.“ Wenn es geht, für alle Zeiten. Jedenfalls scheint sich in diesem Szenario Poschardts Vorstellung von Demokratie zu erschöpfen. Die Christenunion als strukturelle Machtpartei, die den Interessen der „Wirtschaft“ Geltung verschafft, und die SPD als die ewige Verkörperung des Gemeinwohls unter dem Primat der kapitalistischen Ökonomie und unter Verzicht auf Vertretung der Interessen der Unterprivilegierten. Fragt sich nur, ob es für eine solche Demokratie tatsächlich eines Mehrparteiensystems bedarf?

Die SPD, die als „Schutzmacht der Armen“ begann – doch wo wird sie enden? Ulf Poschardt ist guter Dinge. „Es wäre der SPD zu wünschen“, schreibt er, „daß sie diesen Weg weniger zerknirscht als stolz geht; die Erfolgsrendite der Agenda-Politik einstreicht und sich fragt, wie sie an ihre Tradition als Partei der Ehrgeizigen anknüpfen kann, um künftig nicht nur die sozial Melancholischen und frustrierten Abgehängten oder Beamten zu beglücken.“ Ist das die neue sozialdemokratische Ethik des Vorwärtsschreitens? Daß die sozialen Melancholiker von den „Leistungsträgern“ abgehängt werden und den Letzten die Hunde beißen? Eine SPD, die zynischen Sozialdarwinisten als leuchtendes Beispiel gilt, muß tatsächlich am Tiefpunkt ihrer Entwicklung angekommen sein

Werner Pirker ●

(Aus *Junge Welt*, 26.10.2013)



Ein Krieg – „ganz aus Versehen“?

Von schlafwandelnden Staatsmännern und Militärs im Sommer 1914

● Wussten Sie, dass die Leichen des am 11. Juni 1903 in Belgrad ermordeten serbischen Königs-paares „mit Säbeln zerstoßen, mit einem Bajonett aufgerissen, teilweise ausgenommen und mit einer Axt zerhackt“ wurden? War Ihnen bekannt, dass der österreichische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf an manchen Tagen gleich mehrere Liebesbriefe verfasste? Und wer hätte gedacht, dass es dem britischen Außenminister Sir Edward Grey während der Juli-Krise 1914 wegen eines Augenleidens immer schwerer fiel, „beim Squash den Ball zu verfolgen“ und er nicht mehr in der Lage war, mit bloßem Auge „nachts seinen Lieblingsstern“ am Firmament zu identifizieren? Schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es sich beim Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie, Leopold von Berchtold, um einen „verweiblichten Grafen“ handelte, allerdings verheiratet mit einer Frau, die zu den Freundinnen der Gattin des Thronfolgers

zählte. Was das alles mit der Entfesselung des Ersten Weltkrieges zu tun hat? Gar nichts. Aber Aussagen dieses Kalibers finden sich gehäuft in Christopher Clarks Bestseller „Die Schlafwandler – Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2013, bisher 6 Auflagen innerhalb weniger Monate).

Dem Autor geht es in seinem 895 Seiten starken Werk (davon 112 Seiten Anmerkungen) vornehmlich um eine Gesamtschau der politischen Lage im Europa des Sommers 1914. Er möchte die Entscheidungsprozesse der politisch verantwortlichen Männer (Frauen hatten damals noch nicht einmal das Wahlrecht) und ihre jeweiligen Motive transparent werden lassen. Dabei nimmt er die damaligen Großmächte Österreich-Ungarn, das Deutsche Reich, Russland, Frankreich und England in den Blick. Wie nahm man sich gegenseitig wahr? Worin wurzelte das Urteil über die Politik des jeweils Anderen? Welche Urteile lassen sich über die Architektur der Bündnissysteme treffen?

Große Aufmerksamkeit schenkt er der sich immer wieder verändernden Lage auf dem Balkan, wobei Serbien als „Schurkenstaat“ erhalten muss, der mit

seiner Politik eine erhebliche Verantwortung für die Entstehung der Krisis im Sommer 1914 trüge. Das behaupteten damals freilich auch die politisch Verantwortlichen in Wien und Berlin. Clark geht zurück auf die zahlreichen Krisen und Kriege seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts, die Marokko-Krisen von 1904 bis 1906 und von 1911 sowie die Balkan-Kriege der Jahre 1912 und 1913.

Diese eigentlich notwendige Verfahrensweise hat jedoch einen methodischen Haken: Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges wird reduziert auf die Handlungen von Diplomaten, Monarchen und Politikern, die quasi autonom handelten, sowie aus der Beschaffenheit des internationalen Mächtekonzerntes. Eine Rückkopplung mit den ökonomischen und sozialen Strukturen, nicht zuletzt mit den immer stärker die Außenpolitik dominierenden wirtschaftlichen Interessen der genannten Staaten, sucht man beim Autor vergeblich. In denkbar altmodischer Weise sind es die „Männer, die Geschichte machen“, vornehmlich in den Kanzleien der Außenministerien und Generalstäbe sowie am Hofe der Kaiser und Könige. Es dominiert die Diplomatiegeschichte seligen Angedenkens.

Gelegentlich wird Bezug genommen auf die „öffentliche Meinung“ in Gestalt der Presse. Auch das hetzerische Treiben der „nationalen“ Agitations- und Wehrverbände findet Erwähnung. Wäre es aber z. B. nicht notwendig gewesen, die vom Hause Krupp ausgehenden Initiativen zur Bildung des „Deutschen Flotten-Vereins“ zu würdigen, der als „moderner Interessenverband“ seit der Jahrhundertwende mit einer Vielzahl von Publikationen, Veranstaltungen, „Pressediensten“, Exkursionen und Geldsammlungen für den Bau einer Schlachtflotte erfolgreiche Stimmungsmache betrieb und dabei mit dem Reichsmarineamt aufs engste kooperierte?

A propos Krupp. Sein Name findet nur einmal nebensächliche Beachtung. Auch von Schneider-Creuzot und Vickers-Amstrong ist keine Rede. Dabei bildete sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in allen führenden Industrienationen ein Militär-Industrie-Komplex heraus, der oft entscheidenden Einfluss auf die politischen Entscheidungen seiner jeweiligen Regierung und auf die „öffentliche Meinung“ gewinnen konnte. Von alledem ist hier keine Rede.

Neugierig ist der Leser verständlicherweise auf Clarks Interpretation der Rolle des kaiserlichen Deutschlands bei der Entfesselung des Krieges. Um es vorweg zu sagen: Er bezieht eindeutig negativ Stellung zur These von der Hauptschuld des deutschen Imperialismus, der zielgerichtet die Chance des Juli 1914 genutzt habe, um den lang ersehnten „Platz an der Sonne“, von dem der Staatssekretär des Auswärtigen, Bernhard von Bülow, am 6. Dezember 1897 im Reichstag geschwärmt hatte, realisieren zu können. Worum es dabei letztlich ging, charakterisierte der sozialdemokratische Parteivorsitzende Paul Singer auf dem Mainzer Parteitag im September 1900 mit folgenden Worten: „Die Entwicklung des Kapitalismus hat dahin geführt, dass durch

die Konzentration des Kapitals und durch die dem Kapital innewohnende Expansionskraft er seiner Gier nach Vermehrung nicht mehr im Inland Ausdruck geben kann. Das Streben des Kapitalismus geht dahin, alle Ausbeutungsgelegenheiten zu behaupten, welche es ihm ermöglichen, sich immer mehr zu konzentrieren.(...) Im Namen der Zivilisation geht man, in der einen Hand die Bibel, in der anderen Hand die Flinte, nach fernen Ländern; im Namen der Zivilisation raubt man den Leuten ihr Land, und wenn sie sich dagegen wehren, schießt man sie wie die Hunde nieder; im Namen der Zivilisation zwingt man sie in die ökonomische Sklaverei der Eroberer.“

Die von den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten des wilhelminischen Staates um die Jahrhundertwende ausgerufene „Weltpolitik“ beinhaltete das Bestreben, die Welt zugunsten des deutschen Imperialismus neu aufzuteilen. Der Schwachpunkt dieser Art von Politik war die Reaktion Englands. Einerseits war klar, dass die deutsche „Weltpolitik“ in Übersee und in Europa, wo England traditionell auf ein Gleichgewicht zwischen den kontinentalen Mächte hinarbeitete, den Krieg mit den Briten in naher Zukunft wahrscheinlich werden ließ. Der forcierte deutsche Flottenbau leistete dazu ein Übriges, um die deutsch-britischen Beziehungen nachhaltig zu belasten. Andererseits war man in Berlin bestrebt, bei allen Krisen, die eine militärische Beteiligung Deutschlands nach sich ziehen könnten, Großbritannien als militärischen Gegner herauszuhalten. So auch im Juli/August 1914.

Wie auch immer: Das Deutsche Reich war der Störfaktor Nr. 1 in den damaligen internationalen Beziehungen. Seit den Forschungen des Hamburger Historikers Fritz Fischer in den sechziger und siebziger Jahren (Titel seines wichtigsten Buches: „Der Griff nach der Weltmacht“) ist das alles gut dokumentiert. Die These von der Hauptschuld (nicht: Alleinschuld) des deutschen Imperialismus ist seitdem weitgehend Allgemeingut historischer Darstellungen zur Vorgeschichte und zur Entfesselung des Ersten Weltkrieges. Clark allerdings will gar keine „Schuldfragen“ klären, sondern den Prozess eines angeblichen „Hineinschlitterns“ der damals Mächtigen, ihren „schlafwandlerischen“ Weg in den Ersten Weltkrieg nachzeichnen. Dabei habe es unzählige Unzulänglichkeiten und Zufälligkeiten gegeben, wobei die meisten Akteure eigentlich gar keinen Weltenbrand auszulösen gedachten. Dass Wilhelm II. im Potsdamer Neuen Palais bereits am 8. Dezember 1912 in einem „Kriegsrat“ mit den Spitzen des Militärs die Weichen dafür gestellt hatte, die nächste sich bietende Gelegenheit zu nutzen, den „Platz an der Sonne“ militärisch zu erstreiten, dass in der Juli-Krise 1914 der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung unter Kanzler Bethmann Hollweg dem österreichischen Bundesgenossen am 5. Juli einen Blankoscheck für einen Krieg gegen Serbien aushändigten, der von Anfang an den Konflikt mit Russland und damit mit dessen Verbündeten Frankreich in



sich barg – alles das spielt Clark herunter. Er bemüht sich insgesamt, die Verantwortlichkeiten der deutschen Politik stark zu relativieren. Neue Quellen kann er dafür nicht geltend machen. Das in den Medien gezollte Lob für seine unvergleichlichen Archivrecherchen kann für die entscheidenden Kapitel, die sich mit der unmittelbaren Vorgeschichte und der Auslösung des Weltkrieges, befassen, keine Geltung beanspruchen. Die entsprechenden Anmerkungen weisen lediglich in zwei (!) Fällen auf Archivquellen hin, ansonsten interpretiert er längst Bekanntes aus amtlichen Dokumentationen, publizierten Tagebüchern und Memoiren in einer Weise um, die folgenden Eindruck entstehen lassen müssen: Eigentlich war es eine Verkettung unglücklicher Umstände und nur schwer nach zu vollziehbarer Fehlkalkulationen sowie von Zufälligkeiten, nicht das Resultat einer zielgerichteten Politik, die den Ersten Weltkrieg auslösten.

Fazit: Auch das mediale Trommelfeuer zugunsten des dickleibigen Bandes kann nicht die Einschätzung verhindern, dass wir es hier mit einem Musterexemplar altvorderer bürgerlicher Geschichtsschreibung zu tun haben, wenn auch flott erzählt und mit vielen Anekdoten aus dem Leben dieser oder jener politischer Größen gewürzt. Über die tatsächlichen Ursachen des Ersten Weltkrieges und seine unmittelbare Vorgeschichte erfahren wir allerdings nichts, was nicht schon die konservativen Gegner Fischers einst formuliert hätten.

Reiner Zilkenat ●

Zitate des Monats ❖

„Die Erde hat genug für die Bedürfnisse eines jeden Menschen, aber nicht für seine Gier.“
(Mahatma Gandhi)

„Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden.“
(Papst Franziskus)

„Der Mensch steht im Mittelpunkt! – Das denken Sie, aber: Der Mensch ist das Mittel. Punkt.“
(Dieter Hildebrandt)

„Opa, ich weiß jetzt, warum die Zeitung „Kehrseite“ heißt. Weil sie den Dreck der anderen Parteien wegkehrt.“
(M., 9 Jahre)

Der neue Bezirksvorstand DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf

Der Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf wählte am 29.11.2013 einen neuen Bezirksvorstand

Als neue Vorsitzende wurde *Franziska Brychcy* gewählt, als stellvertretender Vorsitzender *Gerald Bader*. Neu in den Bezirksvorstand wurden *Marlene Hilsenrath*, *Hans-Jürgen Stern* und *Mathias Gruner* gewählt. Als Beisitzer wiedergewählt wurden *Pia Imhof Speckmann* und *Yilmaz Günay*, als Schatzmeister *Eduard van der Wal*.

Termine X

- **Jeden 2. Dienstag im Monat** um **19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

- **Einladung zur öffentlichen Mitgliederversammlung:**
Dienstag d. 14. Januar um 19.30 Uhr
in unserer Geschäftsstelle, Schildhornstraße 85a.
Thema: Vor 100 Jahren – Beginn des 1. Weltkriegs

- Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat** um **19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

Vortrag und Diskussion zur Frage:
**Sind wir 1914 in den Krieg geschlittert?
Vom Geheimnis wie Kriege gemacht geworden.**
Referent: Dr. Reiner Zilkenat

- **Jeden Dienstag:**
Beratung zu Hartz IV- und Schuldnerfragen
Wir bitten um telefonische Anmeldung unter
Tel (030) 70 09 67 41

Linke:
<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin
Tel. 030 70 09 67 41, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de
www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

